

AL TÄTIGKEITSBERICHT 2017

Politischer Rückblick Vorstand

Isabel Maiorano, Vorstandsmitglied

Der Vorstand beschäftigt sich 2017 hauptsächlich mit der Vorbereitung und Lancierung der Stadt- und Gemeinderatswahlen. Im Januar trafen sich Interessierte zum Kick Off für die Wahlen 2018. Aus dem und weiteren Folgetreffen formierten sich im Frühling der Wahlausschuss und die Findungskommission. Die Gruppen begannen mit ihrer intensiven Arbeit. Das Resultat ist hinlänglich bekannt: Die AL hat an Wähleranteil zugelegt, so dass in Zürich ein zusätzlicher Sitz gewonnen werden konnte (neu 10 Sitze) und Winterthur und Dietikon ihre Sitze verteidigten. Richi Wolf wurde auf dem guten 6. Platz wieder in den

sowie Stellungnahmen publiziert. Auf der Homepage der AL unter dem Reiter - Themen & Positionen können die bisherigen Ausgaben (2009 - 2017) aufgerufen werden.

Nebst Beiträgen auf der Homepage ist die AL auch in den sozialen Medien wie Twitter und Facebook jeweils aktuell präsent.

Viel Wechsel gab es in diesem Jahr im Sekretariat: Auf Markus Gafner folgte Yvonne Lieberherr. Corin Schäfli zog es im September nach Südamerika und im Herbst stiessen Marco Toscano und Laura Braunschweig zur AL.

Der Vorstand hat während diesem intensiven Jahr festgestellt, dass die Strukturen nicht mehr sinnvoll und effizient sind. Die AL als Partei ist grösser und bedeutender geworden. Die bisherigen Abläufe und Entscheidungsprozesse entsprechen nicht



Bereit für die Demo! Mit Kaffee, Kuchen, Kind & Kegel zur 1. Mai-Kundgebung 2017.

Stadtrat gewählt. Vielen Dank an alle, die sich in irgendeiner Form für die AL eingesetzt haben!

Mitglieder, Sympathisant*innen sowie weitere interessierte Personen wurden auch 2017 mit fünf Ausgaben des AL-Info über Aktuelles zu politischen Tätigkeiten und Sachfragen in den Räten, Gemeinden und zu Personen informiert. In Kolumnen wurden persönliche Hinweise und Kommentare auf Bücher, Filme,

mehr den Ansprüchen. Aus diesem Grund wird der Vorstand in den nächsten Wochen und Monaten neue Strukturen entwickeln und die Resultate der Jahresversammlung zum entsprechenden Zeitpunkt zur Diskussion unterbreiten. Damit einhergehend wird es auch personelle Wechsel geben. Wir brauchen zwingend Leute, die Lust und Zeit haben in der AL mitzuwirken. Also melde Dich bei uns!

Erfolgsrechnung AL 2017

Marco Medici, Kassier

Das Rechnungsjahr 2017 konnte mit einem erfreulichen Resultat abgeschlossen werden. Es war ein Zwischenjahr ohne Wahlen und ohne grössere Aktionen. Deshalb sind die Ausgaben relativ bescheiden. Für die Stadt- und Gemeinderatswahlen 2018 wurde schon ein Grossteil der benötigten Mittel erarbeitet. Diese befinden sich in der Bilanz im Posten «Rückstellungen». Wir sind sehr liquide und können alle Verbindlichkeiten bar bezahlen.

	Einnahmen	Ausgaben
Mandatsabgaben	205049.10	
Vereinseinnahmen + Diverses + Miete	13043.55	
AL-Info-Ertrag	580.00	
Allgemeine Spenden	39621.00	
Spenden Kampagnen /Aktionen	16326.10	
Wahlspenden	67725.65	
Kosten AL Info		13954.40
Kosten Kampagnen / Aktionen		58572.65
Kosten Wahlen		29311.90
Personalaufwand		106448.65
Allgemeine Sekretariatskosten + Diverse		34612.91
Rückstellungen		99040.20
	342345.40	341940.71
Gewinn		404.69
Total	342345.40	342345.40

	Aktiven	Passiven
Flüssige Mittel und Transitorische Aktiven	189323.01	
Sachanlagen	602.00	
Kreditoren		20148.55
Rückstellungen		158913.75
Eigenkapital		10458.02
Gewinn 2017		404.69
Total	189925.01	189925.01

Gemeinderat

Andreas Kirstein, Fraktionspräsident

Nach 38 Jahren erfolgreicher und aktiver Ratstätigkeit trat Niggi Scherr am 18. Januar 2017, mit einer rauschenden Fete in der Kanzlei-Turnhalle, als Gemeinderat zurück. Für ihn rückte der Arzt David Garcia Nuñez nach; er übernahm den Sitz von Edi Guggenheim in der SK GUD (Spezialkommission Gesundheits- und Umweltdepartement). Edi wechselte in die SK SID/V (Spezialkommission Sicherheitsdepartement, Verkehr) und Christina Schiller übernahm von Niggi den Sitz in der SK FD (Spezialkommission Finanzdepartement).

Die Fraktionsarbeit war 2017 von folgenden Schwerpunkten geprägt:

Geschäftsprüfungskommission/Rechnungsprüfungskommission (GPK und RPK)

Nach Bekanntwerden der massiven Kostenüberschreitung und bewusster Falschbuchungen beim Neubau des Logistikzentrums drängte die AL in GPK und RPK auf lückenlose Aufklärung der Machenschaften von ERZ-CEO Urs Pauli. Auf Druck der AL sprach sich der Gemeinderat im Oktober 2017 einstimmig für die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) aus. (Mischa Schiowow und Walter Angst)

GUD

Die Fraktion investierte viel Arbeit für die Besprechung (und Rückweisung) der Weisung zu den Eckwerten der Spitälerstrategie investiert. Daneben beanspruchten weitere Geschäfte - Unterstützung der Zürcher AIDS-Hilfe, Weiterführung des Geriatrieverbunds - unsere Zeit, hatten aber bei weitem nicht denselben Stellenwert wie die Bearbeitung des Spital-Dossiers. (David Garcia)

TED/DIB

Mit einer dringlichen Motion setzte die AL eine Reduktion der Abwassergebühren per 1.1.2018 durch; dank einem zweiten einstimmig überwiesenen AL-Vorstoss sollen die Gebühren von Entsorgung und Recycling (ERZ) generell revidiert und gesenkt werden. Wir befassten uns intensiv um die Satellitenfirmen von ERZ und engagierten uns für die Erhaltung der Arbeitsplätze bei der ERZ-Tochter Rolf Bos-

sard AG. Ein Augenmerk legte die Fraktion weiter auf eine gute Planung des Dunkelhölzli-Areals für traditionelle und moderne Formen des Gärtnerns. (Andreas Kirstein)

FD

Nach fast drei Jahren Beratung ist es der Finanzkommission 2017 gelungen, einstimmig einen Kompromissvorschlag zu verabschieden. Er regelt, nach welchen Grundsätzen die städtischen Wohnungen künftig vermietet werden sollen. Weiter befasste sich die SK FD mit der Teilrevision des Personalrechts. Die Finanzkommission hat sich weiter mit der Teilrevision des Personalrechts betreffend Aufteilung der Spar- und Risikobeiträge an

die Pensionskasse, über Massnahmen bei der Unterdeckung der Pensionskasse sowie über die Kostenbeteiligung am Überbrückungszuschuss beschäftigt. Die AL Fraktion hat sich vor allem für die Möglichkeit der Arbeitnehmenden, mit 58 Jahren in Pension zu gehen, stark gemacht. (Christina Schiller)

SID/V

Die Spezialkommission Sicherheitsdepartement und Verkehr beschäftigte sich u.a. mit der versuchsweisen Ausrüstung von PolizistInnen mit zuschaltbaren Videokameras, mit grossen Bauvorhaben (Umbau Wache Süd, Neubau Wache Nord) und dem neuen Tram Affoltern. Die AL engagierte sich für die Volksinitiative «Freier Sechseläutenplatz» und gegen den Pseudo-Gegenvorschlag, der den status quo festschreibt. Grosses Thema bleibt die Baulinienfestsetzung Hochschulgebiet. Bei diesem städtebaulich einschneidenden Projekt des Kantons kann die Kommission allerdings nur über die Aufhebung der Baulinie Sternwartstrasse befinden und in gewissem Umfang über die Lage weiterer Baulinien im Zusammenhang mit der zu erwartenden grossen Zunahme des Verkehrs zur Sicherung der Kapazitäten des Fuss- und Veloverkehrs und des ÖV's. (Edi Guggenheim)

SSD

Beim Schul- und Sportdepartement setzte sich die AL namentlich für eine koordinierte Schulraumplanung ein. Sie forderte u.a. einen direkten Einbezug von Kreisschulpflegern, Schulleitungen und Elternorganisationen in Planungsprozesse und einen Projektierungskredit für die dringend nötige Erweiterung des Schulhaus Saatlen. (Rosa Maino)

HDB

Die AL unterstützte von Anfang an aktiv die Forderung des Vereins Noigass nach 100% gemeinnützigen Wohnungen auf dem SBB-Areal Neugasse. Mit einer dringlichen Interpellation forderte die AL-Fraktion Rechenschaft über die Verhandlungen mit der SBB AG. (Andrea Leitner)

SD

In der Sozialkommission befasste sich die AL Fraktion vor allem mit dem Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal. Wir waren enttäuscht von der ursprünglich vorgelegten Weisung des Stadtrats. Wir hätten uns einen mutigeren Stadtrat gewünscht, der vom SEM mehr einfordert als die minimalen Standards. Mit ihren Begleit-

postulaten konnte die AL-Fraktion erhebliche Verbesserungen erreichen. (Ezgi Akyol)

RedK

In der Redaktionskommission wurden diverse kleinere Vorlagen, aber u.a. auch das umfangreiche Geschäft der teilrevidierten Bau- und Zonenordnung nach der Bereinigung im Gemeinderat. In sprachlicher und formeller Hinsicht überprüft und dem Gemeinderat zur Schlussabstimmung übergeben. (Edi Guggenheim)

Kampagnen

AL und Fraktion bekämpften zwei Abstimmungsvorlagen, die auch vom linksgrünen Mainstream - SP und Grüne - unterstützt wurden. Im Februar wandte sich die AL mit ihrem Nein zur sip gegen eine paternalistische Verhaltenspolizei im öffentlichen Raum. Im September erzielte unser Referendum gegen den Immo-Deal der Stadt mit der Swiss Life mit fast 40 Prozent Nein-Stimmen einen Achtungserfolg. Wir wandten uns leider ohne Erfolg, dagegen, unterm Deckmantel der Kulturförderung und der Rettung des Cabaret Voltaire einem Immo-Spekulanten zwei wertvolle städtische Liegenschaften zu verschachern.

Kantonsrat

Markus Bischoff, Fraktionspräsident

Die AL-Fraktion zählt fünf Mitglieder im 180 Köpfe aufweisenden Kantonsrat. Obwohl wir nur wenige sind, findet die AL im Kantonsrat statt. In den Debatten und in den Kommissionen werden wir als eigenständige Stimme im Rat und in den Medien wahrgenommen. Mit insgesamt 19 Vorstösse haben wir



Die Kantonsratsfraktion der Alternativen Liste Zürich

auch im vergangenen Jahr das parlamentarische Leben angereichert.

Wer als Linker oder Linke im Kantonsrat sitzt, isst hartes Brot. Jeden Montag zu verlieren, kann auf das Gemüt schlagen. Wir lassen uns nicht unterkriegen und feiern die Erfolge ganz be-

sonders. Die Auslagerung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und der Integrierten Psychiatrie (ipw) waren im Kantonsrat beschlossene Sache. Obwohl Kaspar Bütikofer sowohl in der Kommission als auch im Rat mehrere substantielle Minderheitsanträge stellte, wurden alle abgeschmettert. In einem beispiellosen Abstimmungskampf gelang es uns zusammen mit den rot-grünen Parteien und vor allem mit den Gewerkschaften, die Abstimmung zu gewinnen.

Lauren Huonker reichte zusammen mit anderen Fraktionsmitgliedern eine

parlamentarische Initiative ein, welche durchgehend eine Geschlechterquote von 40% auf den Gerichten, im Parlament und in der Regierung fordert. Dieser klare und deutliche Vorstoss für die Gleichberechtigung wird eine spannende Diskussion im Rat ermöglichen.

Manuel Sahli setzte sich mit verschiedenen Vorstössen für die Grundrechte und die Rechte der Minderheiten ein. Sei es für die Kinder in den Gefängnissen und die Bedingungen für Asylbewerbende in Notunterkünften, immer wieder legte er den Finger auf wunde Punkte.

Judith Stofer erntete mit ihrer Anfrage zur No-Billag-Initiative die wohl schnodrigste und arroganteste Antwort des Regierungsrats seit Jahren. Der Regierungsrat tat so, als ob wir in einem kleinen Bergkanton lebten und das Schweizer Fernsehen in Realp und nicht im Leutschenbach produziert würde.

Politisch war das Jahr vom Sparprogramm Lül6 geprägt. Mit verschiedenen Massnahmen sollte der Kantonsrat 490 Millionen sparen. Der bürgerliche Kantonsrat liess mit seiner Sparideologie den bürgerlichen Kantonsrat weit links liegen. Überall dort, wo es der Mehrheit weh tat (Spitalsteuer, welche vor allem die Privatspitäler belastet hätte; ein Pendlerabzug, welcher die schädlichen ökologischen Auswirkungen des Autoverkehrs bestraft hätte) wurden die Vorlagen des Regierungsrates über den Haufen geworfen. Stattdessen wurde der Verkehrsfonds für den öffentlichen Verkehr trockengelegt und am Personal weiter gespart. Einzig bei der Prämienverbilligung für die Krankenkassen konnte im Verbund mit den ehemaligen Mitteparteien ein kleiner Etappensieg erreicht werden.

Vielfach müssen wir einfach unsere Stimme erheben, auch wenn dies enig Aussicht auf Erfolg hat. So setzen wir uns im Richtplan Hochschulareal erfolglos für kommunale Gestaltungspläne ein. Ein Kampf, der nun erfolgreich vor Gerichten gewonnen werden konnte.

Wie gesagt, wir lassen uns nicht entmutigen und werden weiterhin die AL klar und deutlich im Kantonsrat vertreten.



Kantonsrätliches Pussyhat-Stricken für Menschenrechte und Solidarität

Stadtrat

Richard Wolff

2017, das fünfte Jahr im Sicherheitsdepartement

Vorausschicken muss ich, dass das Sicherheitsdepartement nicht nur die Polizei umfasst, sondern auch Schutz- und Rettung, die Dienstabteilung Verkehr und das Stadtrichteramt. Ich sorge also auch dafür, dass Feuerwehr und Sanität über genügend und gut ausgebildetes Personal verfügen und dass für sie in einer wachsenden Stadt die richtigen Räume an den richtigen Orten bereitstehen. Darum arbeite ich gegenwärtig intensiv an der Planung von neuen Wachen im Norden, Süden, Westen und Osten der Stadt und am Neubau des Ausbildungszentrums Rohwiesen (Städtische Volksabstimmung am 10. Juni 2018). Gutes Personal und eine gute Infrastruktur sind Garanten für eine auch in Zukunft hohe Versorgungssicherheit und Lebensqualität in der Stadt Zürich.

Bei der Polizei war das Jahr 2017 geprägt vom Abschluss zweier wichtiger Projekte. Seit Amtsbeginn 2013 wurde ich mit Vorwürfen konfrontiert, dass die Polizei Racial Profiling betreibt, dass sie also bestimmte Personen aufgrund ihres Aussehens häufiger kontrolliere als andere. Eine von mir in Auftrag gegebene wissenschaftliche Untersuchung stellte kein systematisch betriebenes Racial Profiling fest. Trotzdem wurde der Bereich Personenkontrollen grundlegend neu geregelt. Fortan braucht es mehr als ein diffuses Bauchgefühl, um eine Personenkontrolle auszulösen. Es gelten neue Regeln für Personenkontrollen und ausserdem werden alle Kontrollen mit einer App systematisch erfasst. Ich erwarte, dass mit diesen Neuerungen die Anzahl der Personenkontrollen und die Zahl der Beschwerden zurückgehen.

Die Verbesserung der Personenkontrollen kann einen wesentlichen Beitrag zum guten Verhältnis und zum Vertrauen zwischen Polizei und Bevölkerung beitragen – und somit das gesellschaftliche Klima der Stadt beeinflussen. Auch die Möglichkeit, sich im Konfliktfall an eine unabhängige Beschwerdeinstanz zu wenden, erhöht das Vertrauen in den Staat. Angeregt durch verschiedene Vorstösse liess ich das Thema Beschwerdemöglichkeiten extern und intern analysieren. Das Resultat ergab, dass die bestehende, polizeiunabhängige Ombudsstelle der Stadt Zürich den Bedürfnissen eigentlich weitestgehend entspricht. Zusätzlich zur Ombudsstelle gibt es auch – bei weniger umstrittenen Angelegenheiten – den Weg über das polizeiinterne Feedbackmanagement oder – in grösseren Fällen – über die Gerichte. Verbessert wer-



Stadtrat Richard Wolff

den soll jedoch die Information über die verschiedenen Beschwerdemöglichkeiten, damit jede*r im Einzelfall auch den besten Weg beschreiten kann.

Recht zufrieden konstatiere ich ausserdem, dass es gelungen ist, die Anzahl der umstrittenen Hausbesuche bei erleichterten Einbürgerungen von ehemals 100% aller Fälle auf heute noch 25% aller Fälle zu senken. Und mit der Aufhebung der automatischen Nennung der Nationalität von mutmasslichen Straftäter*innen in Polizeimeldungen konnte ich ein weiteres, wenn auch kleines Zeichen für einen menschengerechteren und faireren Umgang mit unserer Bevölkerung setzen.



Nominierungs-Vollversammlung im Oktober 2017. Ein gelungener Wahlaufakt.

AL Winterthur

Katharina Gander, Gemeinderätin

Highlights gab es im letzten Jahr einige. Besonders hervorzuheben und für uns Winterthurer*innen sehr wichtig: Das zweimalige Nein zur Spitalprivatisierung, über die am 21. Mai 2017 abgestimmt wurde. Wir engagierten uns im lokalen Komitee und konnten so den Ausverkauf der Gesundheitsversorgung erfolgreich bekämpfen. Aber auch der deutliche Erfolg, dass dank einer Motion von David Berger Einbürgerungen künftig zu einem administrativen Akt werden und transparenter und fairer ablaufen sollen, bleibt uns in Erinnerung.

Neben Abstimmungskämpfen und Vorbereitungsarbeiten für die Gemeinderatswahlen, wo wir zum ersten Mal eine volle Liste einreichen konnten, prägten insbesondere folgende zwei Schwerpunkte die AL-Sitzungen: Einerseits die Frage, wie es mit Stadtwerk weitergehen soll, andererseits die Frage, was auf dem Obertor-Areal entstehen soll.

Obwohl bei Stadtwerk die Auslagerung zurzeit auf Eis gelegt ist, sind wir überzeugt, dass der Ball in Bälde wieder mit dem Ziel aufgenommen wird, Stadtwerk in eine AG umzuwandeln. Zur Privatisierung ist es anschliessend nur noch ein kleiner Schritt. Wie soll man damit umgehen? Auf dem Status Quo beharren? Oder eigene Alternativen ins Spiel bringen, beispielsweise eine Genossenschaft? Mit diesen Fragen setzten wir uns in mehreren Themensitzungen intensiv auseinander.

Ein anderer wichtiger Punkt stellt wie bereits erwähnt das Obertor dar, wo durch den Wegzug der Polizei rund 6'100 Quadratmeter Land an bester Lage frei werden. Da der Stadtrat eine

Aufwertung mit Luxusbauten plant, gleiste die AL Winterthur gemeinsam mit Mieterverband, Grünen, SP, Bewohnerverein und Kulturschaffenden eine Initiative mit dem Ziel auf, den Boden in städtischem Eigentum zu behalten und für eine breite Bevölkerung vielseitig zu gestalten.

AL Limmattal

Ernst Joss, Gemeinderat

Auch in diesem Jahr lagen unsere Schwerpunkte in der Tätigkeit im Gemeindeparlament Dietikon. In Oberengstringen beteiligten sich unsere Mitglieder aktiv am „Haus für alle“, einem Begegnungshaus für Jung und Alt, Schweizer*innen, Ausländer*innen, Geflüchtete, Alleinstehende und alle Neugie-rigen.

Daneben standen die Wahlen 2018 im Vordergrund. In Dietikon verteidigten wir den Gemeinderatssitz erfolgreich. Mit der neuen Mehrheit im Stadtrat nach dem Verlust von zwei Stadtratssitzen der SVP und dem Quorum für ein Behördenreferendum von AL, SP und Grünen werden sich die Möglichkeiten für die Politik in Dietikon ändern. Die SVP hingegen kann nach dem Verlust eines Sitzes im Gemeinderat nicht mehr allein ein Behördenreferendum ergreifen. Die Fraktionsgemeinschaft SP und AL bleibt weiterhin bestehen. AL Vertreter Ernst Joss wird noch ein Jahr lang das Fraktionspräsidium ausüben.

In Oberengstringen beteiligt sich die AL mit Maya Aeschbacher für die Sozialbehörde und Stefan Bolz für die RPK mit exzellenten Aussichten an den Wahlen.

Sozialbehörde

Silvia Domeniconi

Ein mutiger und selbstbewusster Schritt mit Signalwirkungspotential

Dieses Jahr möchte ich über Good News berichten: Nach der jahrelangen Praxis, Sozialhilfeberechtigte unter Sanktionsandrohung in ein Programm der Arbeitsintegration zu zwingen, hat die Stadt Zürich nun einen Paradigmenwechsel vollzogen. Und das nicht einfach „aus dem Bauch heraus“, weil es gerade politisch opportun erschien, sondern auf der Grundlage einer Trend- und Umfeldanalyse und statistischer Daten.

Die Studie zeigte unter anderem auf, dass das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit (etwa infolge mangelnder oder nicht mehr nachgefragter Ausbildung) von der Arbeitslosenversicherung nicht gelöst wird, weil sie nicht für Umschulungen und substanzielle Weiterbildungen zuständig ist. Dies ist gerade im Zeitalter der Digitalisierung ein grosses Problem: Geringe oder unzeitgemässe Bildung stellt ein hohes Armutsrisiko dar.

Gleichzeitig wurde in der Statistik festgestellt, dass in der Stadt Zürich nur ca. sieben Prozent aller Sozialhilfeberechtigten eine reelle Chance haben, im Arbeitsmarkt wieder Fuss zu fassen. Diese Personen sollen mit Bildungsmassnahmen speziell gefördert werden. Bei den anderen 93 Prozent wird auf Motivationsarbeit und Freiwilligkeit gesetzt.

Der radikalste Schritt wurde noch nicht gewagt und wäre vielleicht politisch auch ungeschickt: Eine Kategorie von Sozialhilfeberechtigten soll weiterhin sanktioniert werden können. Jene Personen nämlich, bei denen man zur Einschätzung gelangt ist, dass sie zwar könnten, aber nicht wollen. Diesen Graubereich auszuleuchten und darüber zu entscheiden, wer dazu gehört - darum beneide ich niemanden.

Trotz der Gefahr, dass gewisse Gemeinden nicht-motivierte Personen einfach fallen lassen könnten, statt weiterhin mit ihnen an der Verbesserung ihrer Lebenssituation zu arbeiten, ist zu hoffen, dass die neue Strategie des grössten Sozialdienstes der Schweiz und eines gewichtigen Mitglieds der SKOS Signalwirkung entfalten möge.

IPK

Corina Semadeni

Das Jahr 2017 war für die AL-Mitglieder der interparteilichen Konferenz des Bezirkes Zürich (IPK) ein eher ruhiges Jahr: Es fanden bloss zwei Sitzungen statt.

Für die AL konnte mit Huso Dedovic ein weiterer Richter gewonnen werden. Huso Dedovic ist seit 2009 in der Zürcher Rechtspflege tätig, seit 2015 amtiert er als Ersatzrichter. Aufgewachsen ist Huso bis zur zweiten Primarklasse in Memici/BIH. Er ist Vater von zwei Kindern und wird Teilzeit arbeiten.

Weiter wurde eine Änderung des Reglements beschlossen: Künftig wird bei der Wahl der Präsident*in des Bezirksgerichts

und derjenigen der Statthalter*in nur noch bei Einstimmigkeit der Mitglieder ein Wahlvorschlag durch die IPK ergehen. Die frühere Regelung führte zu unerwünschten politischen Ränkespielen.

Im Sommer 2017 endete das turnusgemässe Präsidium der AL. An dieser Stelle geht ein grosser Dank an Manuela Schiller für die souveräne Leitung der IPK in den vergangenen zwei Jahren. Die Rückmeldungen der Mitglieder waren nicht nur betreffend unserem Abschlussapéro im Ristorante Cinecittà durchwegs positiv. Das Präsidium wird nunmehr von der FDP wahrgenommen.

PWG

Catherine Rutherford

PWG: Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen

Im Jahr 2017 konnte die PWG fünf Häuser mit insgesamt 34 Wohnungen und einem Büro im Gesamtwert von 21,3 Millionen erwerben. Bei zwei Liegenschaften führte ein städtischer Abschreibungsbeitrag dazu, dass die Mieten moderat blieben und keine Bewohnerinnen oder Bewohner ausziehen mussten.

Bei einem Haus in Höngg mit eher hohen Mieten entbrannte eine heftige Diskussion, ob die PWG sich für „Mittelstandshäuser“ öffnen soll. Leider war eine Mehrheit dafür. Zum Glück bot jemand noch mehr für das Haus und bekam es dann auch. Diese Grundsatzdiskussion wird wohl weiterhin die Gemüter bewegen.

Im heutigen überhitzten Zürcher Immobilienmarkt kann die PWG meist nur kaufen, wenn die Verkäufer eine soziale Ader haben und die PWG kennen oder die PWG vom Makler oder von Bekannten empfohlen wird. Es ist also entscheidend, dass die PWG im „gemeinen Volk“ überhaupt bekannt ist. Dazu nahm die PWG erstmals am Oberstrass Mäart teil. Die Stiftungsräte konnten vielen Interessierten die PWG erläutern.

Bei einem Verkauf durch eine Erbengemeinschaft war es der ausdrückliche Wunsch der verstorbenen Mutter, dass das Mehrfamilienhaus an die PWG gehen solle. Kornel Ringli, Leiter Erwerb Liegenschaften und Kommunikation, wurde in den Vorstand vom Verein MyHappyEnd gewählt. Dieser Verein besteht aus 25 bekannten Nonprofitorganisationen und möchte die Leute ermutigen, sich frühzeitig mit der Regelung ihres Nachlasses zu befassen.

Die PWG besitzt mittlerweile 143 Liegenschaften in der Stadt Zürich. Diese werden laufend nach dem Motto „so wenig wie möglich, soviel wie nötig“ weitsichtig unterhalten, damit die Mietpreise tief bleiben. Manchmal sind aufwendige Gesamterneuerungen unvermeidlich, wie beim bekannten Tibetasia an der Quellenstrasse. Manchmal machen Ersatzneubauten Sinn, wenn an einem Ort ein grosser Erneuerungsbedarf besteht und mehr Wohnraum geschaffen werden kann.

Aber auch dieses Thema führt zu hitzigen Diskussionen. Neue Wohnungen sind immer in einem höheren Preissegment und stehen somit den schwächsten Playern auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr zur Verfügung.

Schulpflege

Nicole Wyss

Im vergangenen Sommer trat der neue Berufsauftrag (nBA) in Kraft. Er hat im Vorfeld viele Ängste und Verunsicherungen ausgelöst. Ebenso bedeutete seine Einführung einen grossen Mehraufwand für Schulleitungen, Leitung Betreuung und teils auch für die Lehrpersonen. Es hat sich nun gezeigt, dass die Schulen, welche ein regelmässiges Fenster für Fragen zum nBA zum Beispiel in der Schulkonferenz anbieten, einen ruhigen Start verzeichnen können. Was der nBA aber gesamtheitlich bedeutet und ob die Umstellung auf Jahresarbeitszeit in dieser Form funktioniert, kann erst genauer eruiert werden, wenn er mindestens ein ganzes Schuljahr durchlaufen hat.

Grosse Themen sind weiterhin der Lehrplan 21 sowie die Tagesschule. Beides wird in den nächsten Jahren gestaffelt eingeführt. Bezüglich der Tagesschule 2025 wird am 10. Juni 2018 über den Objektkredit für die zweite Pilotphase abgestimmt. Die AL hat die Ja-Parole beschlossen, auch wenn es sich um eine Light-Version der Tagesschule handelt. Politisch muss ein Auge darauf gehalten und dafür gekämpft werden, dass die-

se Tagesschule Light nicht einfach durchgewunken wird. Eine Ablehnung des Objektkredites würde aber der Rechten Aufschwung in der Betreuungsdiskussion geben. Und das muss vermieden werden.

Für die Schulen ist die Umstellung zur Tagesschule eine einschneidende Änderung, die grosse Unsicherheiten und Fragen aufwirft. Mehrfachnutzung der Klassenzimmer, Mithilfe von Lehrpersonen bei Mittagessen, wie wird das Betreuungspersonal in die Tagesschule integriert, um nur ein paar Themen zu nennen.

Die letzten Jahre waren geprägt von einem ewigen Kampf um Ressourcen. Es beelendet, dass gerade bei der Bildung immer wieder der Rotstift angesetzt wird. Denn es hat nicht nur zur Folge, dass die Qualität leidet, sondern auch, dass sehr gute Lehrpersonen ausbrennen, dass die Integration, hinter welcher eine Schule eigentlich voll und ganz steht, plötzlich zur fast unüberwindbaren Belastung wird, weil eben die nötigen Ressourcen nicht da sind. Umso erfreulicher ist der Ausgang der Wahlen, in der Hoffnung, dass nach der Bereitstellung von Geld für Aufgabenstunden und den vierten Nachmittag von 5.- und 6. Klässlern noch weitere ähnliche Vorstösse folgen. Es ist so wichtig, dass unsere kreativen und motivierten Lehrpersonen ihre ganze Energie in den Unterricht stecken können.



Protestaktion anlässlich des Abstimmungskampfs «Gegen den Immo-Deal der Stadt mit Swiss Life»



«Gegen den Immo-Deal der Stadt mit Swiss Life»: Auch Hugo Ball setzte sich mit der AL gegen Liegenschaftens-Deals mit Immo-Spekulanten ein.



Vereinsgründung «Noigass» am 24. Juni 2017 mit reger Beteiligung von AL-Mitgliedern

Alternative Liste (AL)

Molkenstrasse 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch * Tel. 044 242 19 45
IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5

Erscheint 1 mal jährlich

Auflage/Druck 2200 Ex., Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Marco Toscano

Redaktion Marco Toscano, Yvonne Lieberherr